Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-I

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstraße 6

Verfasser: Jörg Goldberg

Abschlußtermin dieses Berichts: 23. 11. 1974 — Nachdruck auszugweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 20,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 404 Neuss, Postfach 9 20

Nr. 4/1974 Dezember

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Konjunktur in der Bundesrepublik ist gegenwärtig durch den Übergang in eine deutlich rezessive Phase gekennzeichnet. Sowohl die Industrieproduktion als auch das Bruttosozialprodukt sind rückläufig. Dieses erreichte im dritten Quartal nur noch das Niveau vom Frühjahr 1973.

Besonders besorgniserregend gestaltet sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Erwartungen, daß es in der Spitze im Winter 1974/75 zu einer Million Arbeitsloser kommen wird, scheinen inzwischen eher optimistisch. Der tatsächliche Beschäftigungsabbau, der in der Arbeitsmarktstatistik nur unvollkommen zum Ausdruck kommt, dürfte bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Millionengrenze überschritten haben.

Alle Daten zeigen einen weiteren konjunkturellen Rückgang an.

Die Summe der Nettoarbeitseinkommen weist im 3. Quartal des laufenden Jahres real bereits keinen Zuwachs mehr auf. So ist die Tendenz des privaten Verbrauchs, dessen wichtigste Stütze die Arbeitseinkommen sind, weiterhin negativ. Im Ergebnis müssen die Absatzmöglichkeiten der Verbrauchsgüterindustrie noch ungünstiger werden, wenn es in den laufenden Tarifauseinandersetzungen nicht gelingt, eine kräftige Erhöhung der Massenkaufkraft durchzusetzen.

Der Abschluß im Stahlbereich und die Forderungen im öffentlichen Dienst sind jedoch nicht geeignet, die rückläufige Entwicklung des privaten Verbrauchs aufzuhalten.

Inzwischen hat sich die Schwäche der Verbrauchsgüterindustrien auch auf den Grundstoff- und Investitionsgüterbereich ausgedehnt. Allerdings bleibt die Situation in den einzelnen Wirtschaftszweigen noch differenziert. Während die Kapazitätsauslastung rasch sinkt, liegt sie in den Konsumgüter produzierenden Bereichen besonders niedrig. Eine Belebung der rückläufigen Investitionstätigkeit setzt daher vor allem eine Belebung der verbrauchsnahen Sektoren voraus. Diese Belebung wird aber

erst dann erfolgen, wenn eine bessere Auslastung des dort vorhandenen Produktionspotentials Kapazitätserweiterungen sinnvoll erscheinen läßt. Auch eine drastische Erhöhung der Unternehmensgewinne ändert nichts daran, daß die Absatzlage der Konsumgüterindustrie gegenwärtig auch die Investitionstätigkeit begrenzt.

Von der bei Bundesregierung, Bundesbank und Sachverständigenrat geforderten weiteren Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen ist daher eine konjunkturelle Belebung nicht zu erwarten.

Bis Mitte dieses Jahres war die ständig wachsende Exporttätigkeit einzige Konjunkturstütze. Inzwischen hat sich die internationale wirtschaftliche Lage auch auf den Export der BRD negativ ausgewirkt. Obwohl nach wie vor ein hoher Exportüberschuß existiert, waren die Auslandsverkäufe in den letzten Monaten real rückläufig.

Angesichts der sich ausbreitenden rezessiven Tendenzen zögert die Bundesregierung noch immer, eine Wende ihrer Wirtschaftspolitik herbeizuführen.

Sie hat mit ihrer Politik offensichtlich die Absicht, eine umfassende Senkung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten herbeizuführen. Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen wird als Mittel zur Erreichung dieses Ziels Arbeitslosigkeit in Kauf genommen.

Die Ertragslage der Konzerne soll nochmals entscheidend verbessert und die wirtschaftliche Position der Monopole der Bundesrepublik in den immer schärfer werdenden internationalen Auseinandersetzungen der imperialistischen Länder untereinander gestärkt werden.

Der Angriff auf die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten wird nur abgewehrt werden können, wenn alle demokratischen Organisationen gemeinsam den fatalen Kreislauf von Krise, sinkender Massenkaufkraft und Arbeitslosigkeit durch Aktionen gegen den sozialen Abbau durchbrechen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft

2 Unternehmensgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmensgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lager der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Nettolöhne und -gehälter
- 3.3 Preise
- 3.4 Beschäftigung
- 3.5 Arbeitslosigkeit

4 Zusammenfassung

Statistische Begriffe
und Abkürzungen

1.1 Sozialprodukt

In den letzten Monaten hat sich die Tendenz zur Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums immer deutlicher durchgesetzt.

Für das zweite Halbjahr 1974 ist daher insgesamt mit Stagnation oder sogar mit einem realen Wachstumsverlust zu rechnen.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	In Preisen von 1962	In jeweiligen Preisen
1970	+ 5,8	+ 13,3
1971	+ 3,0	+ 11,1
1972	+ 3,4	+ 9,5
1973	+ 5,3	+ 11,5
1974, 1. Hj.	+ 1,3	+ 7,0
1974, 2. Hj. ¹	+ 1,0	+ 8,5
1974, 3. Vj.	- 0,5	+ 6,8

¹ Vorausschätzungen des Ifo-Instituts (Quelle: Wirtschaft und Statistik 9/74, S. 611; Wirtschaftskonjunktur, Monatsberichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, 10/74, S. 41/42, DIW-Wochenbericht, 47/74, S. 415)

Die Vorausschätzung des Ifo-Instituts für das zweite Halbjahr 1974 scheint noch zu optimistisch, da die neuesten Ergebnisse für das 3. Quartal bereits einen leichten Rückgang des Bruttosozialprodukts anzeigen.

Bruttosozialprodukt in Mrd. DM zu Preisen von 1962

1974				1973		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
142,1	148,4	149,5	153,8	145,2	149,2	148,8

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 47/74, S. 414)

Die Betrachtung der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BSP +/- Saldo der Einkommen zwischen Inländern und übriger Welt) macht die Schwäche der konjunkturtragenden Bereiche des produzierenden Gewerbes deutlich. Stabilisierend wirkte die Landwirtschaft.

Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	In jeweiligen Preisen				
	1970	1971	1972	1973	1974, 1. Hj.
Bruttoinlandsprodukt	+ 13,4	+ 11,0	+ 9,5	+ 11,5	+ 7,1
Land- und Forstwirtschaft	- 4,1	+ 3,4	+ 11,3	+ 10,4	+ 6,4
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 15,0	+ 8,8	+ 7,8	+ 10,1	+ 4,1
Handel und Verkehr	+ 10,9	+ 10,1	+ 9,2	+ 12,0	+ 7,0
Dienstleistungen	+ 13,9	+ 16,6	+ 14,0	+ 14,0	+ 9,7
Staat, private Haushalte	+ 16,2	+ 18,6	+ 12,5	+ 14,8	+ 14,8

	In Preisen von 1962				
	1970	1971	1972	1973	1974, 1. Hj.
Bruttoinlandsprodukt	+ 5,9	+ 2,9	+ 3,4	+ 5,3	+ 1,4
Land- und Forstwirtschaft	+ 1,2	+ 4,0	- 1,3	+ 3,2	+ 8,1
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 6,3	+ 2,4	+ 3,4	+ 5,9	+ 0,2
Handel und Verkehr	+ 6,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 4,6	+ 0,9
Dienstleistungen	+ 6,2	+ 4,9	+ 5,4	+ 5,2	+ 4,4
Staat, private Haushalte	+ 4,9	+ 4,3	+ 4,9	+ 3,9	+ 4,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/74, S. 609)

Die Tabelle demonstriert die verzerrenden Auswirkungen der inflationären Entwicklung, die sich in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich und uneinheitlich bemerkbar machen. Die Preisentwicklung hat den Zusammenhang zu den realen Vorgängen weitgehend verloren.

Von der Verwendungsseite empfing das wirtschaftliche Wachstum nur noch Impulse aus dem Export und in geringem Maße aus der staatlichen Nachfrage.

Wenn man das gesamtwirtschaftliche Ergebnis um den Exportüberschuß kürzt, dann ist die reale inländische Verwendung im ersten Halbjahr 1974 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent gesunken. (WSI-Mitteilungen, 11/74, S. 435.) Ohne den Export hätte die BRD also bereits Anfang 1974 eine ausgewachsene Rezession erlebt.

Verwendung des Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	In jeweiligen Preisen				
	1970	1971	1972	1973	1974, 1. Hj.
Bruttosozialprodukt	+ 13,3	+ 11,1	+ 9,5	+ 11,5	+ 7,0
Privater Verbrauch	+ 10,8	+ 11,2	+ 9,8	+ 10,2	+ 6,6
Staatsverbrauch	+ 14,6	+ 19,8	+ 12,1	+ 15,1	+ 15,5
Anlageinvestitionen	+ 23,9	+ 12,2	+ 7,0	+ 5,8	- 0,8
Außenbeitrag	-	+ 9,4	+ 25,8	+ 64,7	+ 77,0

In Preisen von 1962

	In Preisen von 1962				
	1970	1971	1972	1973	1974, 1. Hj.
Bruttosozialprodukt	+ 5,8	+ 3,0	+ 3,4	+ 5,3	+ 1,3
Privater Verbrauch	+ 7,0	+ 5,6	+ 4,1	+ 2,9	- 1,1
Staatsverbrauch	+ 4,9	+ 7,3	+ 3,9	+ 4,0	+ 4,0
Anlageinvestitionen	+ 11,5	+ 4,5	+ 2,7	+ 1,1	- 7,2
Außenbeitrag	-	- 37,4	- 2,7	+ 242,0	+ 245,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/74, S. 611)

Die prozentualen Veränderungen des Außenbeitrags sind nur begrenzt aussagekräftig, da sie Verschiebungen im Währungssystem und den realen Austauschverhältnissen widerspiegeln und nur teilweise mit inländischen Vorgängen zusammenhängen.

Diese einseitige Struktur der Verwendungsseite ist geeignet, auch langfristig zusätzliche Unsicherheitsmomente in die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik hineinzubringen. Die Exportabhängigkeit bedeutet nicht nur verstärkte Abhängigkeit vom Verlauf der internationalen Konjunkturen und der Entwicklung des Handels- und Währungssystems. Sie beinhaltet auch einen ständigen Zufluß von Devisen, durch die der inländische Geldumlauf gestört werden kann.

Die hohen, zu einem großen Teil durch Preissteigerungen bedingten Ausgaben der öffentlichen Hand werden in wachsendem Maße durch Kreditaufnahme finanziert. Für das Jahr 1974 schätzt die Deutsche Bundesbank den Nettokreditbedarf von Bund, Ländern und Gemeinden auf 22 Mrd. DM (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 9/74, S. 24), 1975 wird diese Summe nach Schätzung der Bundesregierung auf 55 Mrd. DM ansteigen. (Kölner Stadtanzeiger v. 15. 11. 1974.)

Ebenso wie die Exporte bläht die staatliche Kreditaufnahme den Geldkreislauf auf. Damit wird die in der Vergangenheit betriebene restriktive Geldpolitik durch das Verhalten der öffentlichen Hand zumindest teilweise durchkreuzt. Während die Hochzinspolitik die Kreditaufnahme der privaten Unternehmen erschweren sollte – getroffen wurde vor allem die auf Kredite angewiesene Bauwirtschaft – hat der Staat die Kreditaufnahme ausgeweitet. Die von ihm selbst hochgetriebenen Finanzierungskosten werden nun die Haushalte der kommenden Jahre er-

heblich belasten. Nach Schätzungen des Bundes der Steuerzahler werden die Zinslasten von Bund, Ländern und Gemeinden 1975 mit rund 14 Milliarden DM bereits doppelt so hoch liegen wie im Jahre 1971. (HB. v. 25./26. 10. 1974.)

Die expansive Wirkung im monetären Bereich dürfte sich zum Teil auch in dem immer noch relativ großen Geldvolumen niederschlagen, das Preiserhöhungen begünstigt. Im August war die Geldmenge im engeren Sinne, d. h. der Bargeldumlauf und die Sichteinlagen, immer noch um 8,9 Prozent größer als im gleichen Vorjahresmonat. Die Geldmenge im weiteren Sinne, zu der auch Termineinlagen gehören, lag um 5 Prozent höher. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 9.)

Die Folgen der hohen öffentlichen Verschuldung werden sich aber erst bei einem Wiederanstieg der Konjunktur voll auswirken. Dann wird bei steigender Auslastung der Kapazitäten von der öffentlichen Verschuldung ein zusätzlicher Anreiz zu Preissteigerungen ausgehen. Insofern ähnelt die Situation in einigen Punkten der Lage der Krise 1966/67, die ebenfalls mit einer Krise der öffentlichen Finanzen verbunden war. Von 1966 bis 1967 erhöhten sich die staatlichen Verbindlichkeiten von 7,91 auf 14,94 Mrd. DM. (Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1968, S. 130.) Im Zuge der konjunkturellen Abschwächung gehen die ordentlichen Einnahmen zurück, so daß Deckungslücken entstehen. Gleichzeitig wird eine expansive Ausgabenpolitik nötig, um die Rezession nicht zu verschärfen. Die Defizitfinanzierung stört jedoch den Geldkreislauf und begünstigt inflationäre Prozesse.

Unklar ist gegenwärtig noch, ob die vorhandenen Konjunkturrücklagen zur Finanzierung eines Teils des Haushaltsdefizits herangezogen werden. Finanzminister Apel erwägt, die Stabilitätsanleihe des Bundes in Höhe von 2,5 Mrd. DM und die bei der Bundesbank stillgelegten Mittel aus dem Stabilitätzuschlag in Höhe von insgesamt 3,4 Mrd. DM zur Deckung der Haushaltslücke zu verwenden. Darüber hinaus soll ein spezielles Konjunkturprogramm aus den restlichen Konjunkturausgleichsrücklagen in Höhe von 3,9 Mrd. DM finanziert werden. (Wirtschaftswoche, Nr. 47/74, S. 22.)

Obwohl die Verabschiedung eines Konjunkturprogramms in dieser Höhe noch keineswegs gesichert ist, muß die diskutierte Größenordnung insgesamt als unzureichend bezeichnet werden. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand, die für die konjunkturelle Situation von großer Bedeutung ist, hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. (Siehe weiter unten, 1.3.) Trotz wachsender Verschuldung war die öffentliche Haushaltspolitik daher real kaum als antizyklisch zu bezeichnen.

1.2 Produktion

Noch deutlicher als die Entwicklung des Sozialprodukts zeigt die Industrieproduktion die nunmehr klar rezessive Konjunkturentwicklung an. Die letzten Monate wiesen real rückläufige Produktionsziffern auf.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1974 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Prozent

	1. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.
Industrie							
insges.	+ 3,7	- 0,3	+ 0,3	+ 3,8	+ 1,3	- 2,6	- 5,4
Grundstoff- u. Produktionsgüterind.	+ 6,3	+ 3,5	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,7	- 1,9	- 4,0
Investitionsgüterind.	+ 2,6	- 1,2	+ 0,1	+ 5,0	+ 1,9	- 1,5	- 7,5
Verbrauchsgüterind.	- 4,0	- 4,5	- 3,4	+ 1,6	- 0,6	- 8,6	- 9,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 65*)

Charakteristisch war bisher die starke Differenzierung der Produktionsziffern vor allem zwischen den Zweigen der Grund-

stoff- und Produktionsgüterindustrie auf der einen und der Verbrauchsgüterindustrie auf der anderen Seite. Diese Differenzierung ist nach wie vor sehr deutlich. Allerdings scheinen sich nun auch bei den bisher expansiven Bereichen Wachstumsverlangsamungen durchzusetzen. Bei im großen und ganzen unverändert rezessiven Tendenzen im Verbrauchsgüterbereich und im Straßenfahrzeugbau schwächt sich nun das Wachstum auch in wichtigen Zweigen der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie ab.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1974 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Prozent

	April	Mai	Juni	Juli	August
Industrie					
insgesamt	- 0,3	+ 0,3	+ 3,8	+ 1,3	- 2,6
Bauindustrie	- 4,8	- 2,1	- 3,6	- 10,0	- 11,6
Eisenschaffende Industrie	+ 10,3	+ 8,0	+ 12,9	+ 11,4	+ 2,0
Chemische Industrie	+ 6,2	+ 5,9	+ 5,3	+ 5,0	+ 2,9
Maschinenbau	+ 3,1	+ 3,5	+ 6,8	+ 4,0	+ 5,6
Straßenfahrzeugbau	- 11,6	- 11,6	- 8,6	- 3,6	- 13,1
Elektrotechnische Industrie	+ 1,3	+ 5,9	+ 8,7	+ 4,6	+ 2,9
Schuhindustrie	- 11,8	- 8,5	- 8,2	- 4,6	- 3,1
Textilindustrie	- 8,0	- 6,7	+ 0,8	+ 6,9	- 21,3
Bekleidungsindustrie	- 14,3	- 13,9	- 10,8	- 4,9	- 16,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/74, S. 616/17*)

Die gleiche Tendenz zeigt die Entwicklung der industriellen Auftragseingänge. Es muß dabei jedoch beachtet werden, daß es sich um reine Nominalwerte handelt. Zudem vollzieht sich die Preisentwicklung sehr differenziert, so daß dadurch auch die Relationen zwischen den Branchen verzerrt erscheinen.

Industrielle Auftragseingänge

	Industrie insgesamt	Grundstoff-Industrien	Investitions-güterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
Mai	+ 3,8	+ 22,5	- 7,7	+ 3,3
Juni	+ 9,3	+ 26,2	+ 2,3	- 3,3
Juli	+ 13,0	+ 30,3	+ 2,9	+ 7,0
August	+ 11,5	+ 22,0	+ 9,0	- 3,1
September	+ 8,5	+ 18,9	+ 2,5	+ 5,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 66*; FAZ vom 13. 11. 74)

Berücksichtigt man die Preissteigerungen, so lag der Auftragszugang real um 6,5 Prozent unter dem Vorjahresstand. (FAZ v. 6. 11. 1974.) Das Auftragseingangsvolumen ist in der gesamten Industrie bereits seit dem 4. Quartal 1973 rückläufig, bei den Verbrauchsgüterindustrien sogar schon seit Mitte 1973. (WSI-Mitteilungen, 11/74, S. 437.) Die Auftragseingänge sind real sowohl bei den Grundstoffen als auch bei den Verbrauchsgütern etwa gleichmäßig zurückgegangen, nämlich um 6 bzw. 6,5 Prozent. Die hohen Differenzen der Nominalbetrachtung sind also fast ausschließlich auf Preisunterschiede zurückzuführen. Ihr Umfang ist ein Hinweis auf die großen Ertragsunterschiede, die allein infolge einer unterschiedlichen Preispolitik eingetreten sind.

Die Auftragsbestände sind allgemein rückläufig. Ihre zeitliche Reichweite ging nach den Ergebnissen des jüngsten Konjunkturtests des Ifo-Instituts zwischen Juni und September von 3,2 auf 2,9 Produktionsmonate zurück. Insgesamt bleibt die Auftragslage jedoch äußerst differenziert. Denn die Reichweite der Auftragsbestände im Investitionsgüterbereich verringerte sich im angegebenen Zeitraum von 5,8 auf 5,6 Monate, im Verbrauchsgüterbereich dagegen von 1,9 auf 1,4 Monate. (Wirtschaftskonjunktur 10/74, S. 5.)

Die nunmehr auch im Bereich der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie rückläufigen Tendenzen sind Ausdruck der Tatsache, daß der Export, von dem gerade diese Zweige besonders gestützt worden waren, seine Auftriebskraft verliert.

Industrielle Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Inland	Industrie insgesamt	Grundstoffindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
Mai	- 1,6	+ 15,5	- 16,4	+ 3,3
Juni	+ 2,3	+ 15,2	- 5,6	- 3,8
Juli	+ 10,3	+ 19,7	+ 4,7	+ 4,1
August	+ 3,4	+ 13,8	- 1,6	- 5,0
September	+ 5,9	+ 13,2	- 0,3	+ 5,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 66; FAZ vom 6. 11. 74)

Ausland

Ausland	Industrie insgesamt	Grundstoffindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
Mai	+ 17,4	+ 43,5	+ 9,6	- 2,4
Juni	+ 26,1	+ 59,1	+ 16,2	- 0,4
Juli	+ 17,7	+ 63,1	- 0,2	+ 26,8
August	+ 32,7	+ 44,5	+ 29,9	+ 9,7
September	+ 14,2	+ 34,7	+ 6,9	+ 5,2

(Quelle: ebenda)

Die Preisentwicklung verbirgt auch hier, daß die Auftragseingänge aus dem Ausland im September real sogar um 3 Prozent unter dem Ergebnis des gleichen Vorjahresmonats lagen (FAZ v. 6. 11. 1974).

Die Entwicklung von Produktion und Auftragseingängen läßt auch für die nächsten Monate ein weiteres Absinken der Kapazitätsauslastung erwarten. Die Struktur der Kapazitätsauslastung verdeutlicht den Charakter der gegenwärtigen Rezession. In den Jahren 1966/67 lag der Auslastungsgrad der Produktionsanlagen in Prozent der betriebsüblichen Vollaustauslastung in den Konsumgüterindustrien deutlich höher als in den Investitionsgüterzweigen. Im Juli 1974 dagegen lag der Auslastungsgrad der konsumnahen Bereiche mit 79,8 Prozent um drei Prozent unter dem der Investitionsgüterindustrien.

Auslastung der Produktionsanlagen in Prozent der betriebsüblichen Vollaustauslastung (Juli-Werte)

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Investitionsgüter	84,0	76,0	85,0	91,6	92,5	88,9	85,3	86,6	82,8
Konsumgüter	87,2	78,4	86,4	90,0	89,1	87,4	88,1	88,0	79,8

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 25/74, S. 1)

Inzwischen dürfte die Auslastung der Kapazitäten der Investitionsgüterindustrien verstärkte Abschwächungstendenzen aufweisen, da die Konjunkturstütze „Export“ an Gewicht verliert. Zusätzliche Nachfrage nach Anlageinvestitionen aus dem Inland ist aber kaum zu erwarten, solange die Lage der Verbrauchsgüterindustrien sich nicht gebessert hat.

Das WSI nimmt an, daß 1974 trotz des langsamen Wachstums des Produktionspotentials ein gesamtwirtschaftlicher Spielraum von 47 Mrd. DM unausgenutzt bleibt (WSI-Mitteilung, 11/74, S. 443). Bei einer richtigen Auslastung aller volkswirtschaftlicher Kapazitäten hätte das Sozialprodukt also um diese Summe größer sein können. Damit wird die Größenordnung umrissen, in der es im Jahre 1974 zu einer rein systembedingten Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen gekommen ist.

1.3 Investitionen

Die Investitionstätigkeit steht im Mittelpunkt der konjunkturellen Entwicklung. Der kapitalistische Reproduktionsprozeß ist ein Akkumulationsvorgang, der in erster Linie in der Form der Ausdehnung des Sachanlagevermögens vor sich geht. Die Akkumulation des Kapitals ist Triebkraft und Zweck der kapitalistischen Produktionsweise. Eine Unterbrechung der Akkumulation ist daher Ausgangspunkt einer allgemeinen wirtschaftlichen Abschwächung, eine Beschleunigung der Akkumulation Voraussetzung eines konjunkturellen Aufschwungs. Die Investitionstätigkeit spiegelt im wesentlichen die Entwicklung der Akkumulation des Kapitals wider.

Am deutlichsten zeigt sich der zyklische Charakter der Investitionstätigkeit in der verarbeitenden Industrie.

Investitionen der verarbeitenden Industrie in Preisen von 1962

	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974 ¹
Brutto-Anlageinvestitionen	Mrd. DM 21,1	20,7	18,5	18,1	24,0	27,9	27,2	24,7	23,8	22,5

¹ Schätzung des Ifo-Instituts
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 10/74, S. 25)

Die Gewinnexplosion der Jahre 1968 bis 1970 hat zu einem Investitionsboom geführt, der mit der Entstehung großer Disproportionen zwischen Produktion und Konsum verbunden war. Der seit 1971 anhaltende Rückgang der realen Anlageinvestitionen in der verarbeitenden Industrie ist Ergebnis dieser Überakkumulation, die durch die Wirtschaftspolitik nach 1967 ganz bewußt gefördert worden war. Der seit 1970 rückläufige Auslastungsgrad der Investitionsgüterindustrien ist ein Ausdruck dieser Tatsache. Die mit der Unterauslastung verbundene Vernichtung von Kapital konnte von den großen Konzernen über die Preispolitik auf die Masse der Konsumenten, aber auch auf weniger monopolisierte Konsumgüterproduzenten abgewälzt werden. Es gelang diesen marktbeherrschenden Unternehmen zwar auf diese Weise, ihre Gewinne zu verteidigen und auszuweiten. Die Disproportionen zwischen Produktion und Konsum wurden dadurch jedoch eher noch vergrößert.

Ziel der Investitionstätigkeit ist nach Ermittlungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung gegenwärtig vor allem die Rationalisierung und die Ersatzbeschaffung.

Ziele der Investitionstätigkeit in Prozent der Gesamtinvestitionen

	Kapazitätserweiterung			Rationalisierung			Ersatzbeschaffung		
	1973	1974	1975	1973	1974	1975	1973	1974	1975
Verarbeitende Industrie insges.	31	28	26	48	48	47	21	24	27
Grundstoffindustrie	28	31	31	53	49	40	19	20	29
Investitionsgüterindustrie	32	29	26	46	50	52	22	21	22
Verbrauchsgüterindustrie	36	23	25	40	31	33	24	46	42

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 10/74, S. 25)

Auch der hohe Anteil der Ersatzbeschaffungen in der Verbrauchsgüterindustrie ist ein Beleg für die Feststellung, daß die gegenwärtige Krise ihre Hauptursache in den Abschwächen dieser Wirtschaftszweige hat. Vermehrte Investitionsnachfrage ist erst dann zu erwarten, wenn die Konsumgüterbereiche einen Anlaß zur Erweiterung ihrer Produktionstätigkeit sehen.

Insgesamt wird 1974 ein realer Rückgang der Investitionen der Industrie um etwa 5 Prozent erwartet. Auch 1975, so meint

das Ifo-Institut, ist mit einer Belebung der industriellen Investitionen nicht zu rechnen (ebenda, S. 23).

Obwohl die industriellen Investitionen für die zyklische Entwicklung der Konjunktur von großer Bedeutung sind, stellen sie doch nur einen Ausschnitt aus der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit dar. Die Gesamttendenz – rasche Expansion bis 1970, Stagnation seit 1971 – drückt sich jedoch auch in der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit aus.

Gesamtwirtschaftliche Anlageinvestitionen in Preisen von 1962

	In Mrd. DM				
	1969	1970	1971	1972	1973
Staat	19,26	21,15	20,52	20,75	21,04
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,2	8,5	9,4	8,8	8,5
Bereich insges.	29,67	33,21	34,37	34,10	34,11
Unternehmen	73,94	85,26	87,72	88,37	89,26
Wohnungen	23,42	23,30	25,96	29,74	30,31
Alle Bereiche	127,03	141,77	148,05	152,21	153,68
	Struktur in Prozent				
	1969	1970	1971	1972	1973
Staat	15,2	14,9	13,8	13,6	13,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,2	8,5	9,4	8,8	8,5
Bereich insges.	23,4	23,4	23,2	22,4	22,2
Unternehmen	58,2	60,2	59,3	58,1	58,1
Wohnungen	18,4	16,4	17,5	19,5	19,7
Alle Bereiche	100	100	100	100	100

(Quelle: DIW-Wochenbericht, Nr. 46/74, S. 405)

Auffallend an dieser Tabelle ist die prozyklische Entwicklung der öffentlichen Investitionen. Vor allem in den Jahren stagnierender privater Investitionstätigkeit wäre es die Aufgabe der öffentlichen Hand gewesen, zusätzliche Investitionen zu tätigen. Doch auch die Entwicklung des laufenden Jahres läßt noch keine grundlegende Tendenzwende der öffentlichen Investitionstätigkeit erkennen. Real dürfte 1974 mit einem Investitionszuwachs des öffentlichen Bereichs um knapp 1 Prozent gerechnet werden. Darin enthalten sind bereits die Auswirkungen des konjunkturellen Sonderprogramms der Bundesregierung vom Februar 1974 in Höhe von 900 Millionen, das strukturschwachen Gebieten zugute kommen sollte. Die Maßnahmen des zweiten Konjunkturprogramms vom September dieses Jahres, das 950 Millionen vor allem in den Bausektor leiten sollte, werden erst 1975 zum tragen kommen (ebenda, S. 406). Gemessen an dem gesamten öffentlichen Investitionsvolumen in heutigen Preisen macht dieses Sonderprogramm jedoch nur einen Anteil von 1,8 Prozent aus, so daß dadurch kaum eine Wende der öffentlichen Investitionspolitik herbeigeführt werden kann.

Zwischen 1969 und 1973 sind die öffentlichen Investitionen real um 15,0 Prozent gewachsen, die Investitionen der Unternehmen dagegen um 20,7 Prozent. Eine Ursache der relativ zurückbleibenden staatlichen Investitionen ist die Preisentwicklung, die besonders die öffentlichen Hände getroffen hat. Die Differenz zwischen nominalen und realen Investitionszuwächsen im genannten Zeitraum belief sich bei der öffentlichen Hand auf 39,5 Prozent, bei den Unternehmen auf „nur“ 25,8 Prozent.

Der Staat, d. h. in diesem Fall der Steuerzahler, war also im besonderen Maße Opfer der Preistreibeerei der Konzerne. Allerdings war er auch bevorzugtes Opfer der eigenen Hochzinspolitik. Denn die öffentlichen Investitionen bestehen zu einem hohen Anteil aus Bauinvestitionen, die sich infolge steigender Zinslasten besonders rasch verteuert haben.

Eine weitere Ursache der Stagnation der öffentlichen Investitionen ist die finanzielle Schwäche der Gemeinden. Das Deut-

sche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt in seiner Untersuchung der öffentlichen Investitionstätigkeit daher zu dem Schluß: „Das insgesamt unbefriedigende Wachstum der öffentlichen Investitionen seit 1970 ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der wesentliche Teil der Finanzlast bei den Gemeinden liegt. Die Gemeindefinanzreform des Jahres 1969 hat nicht gewährleisten können, daß die Gemeinden ihren Verpflichtungen auf zahlreichen Gebieten des Infrastrukturausbaus nachkommen“ (ebenda, S. 410).

Dieser Zusammenhang wird deutlich an der Struktur der öffentlichen Investitionen.

Struktur der öffentlichen Investitionen nach Bereichen in Preisen von 1962 in Prozent

	1970	1973
Unterricht	8,8	9,4
Wissenschaft	4,9	3,6
Übrige kulturelle Bereiche	0,6	0,6
Sozialwesen	1,2	1,6
Gesundheitswesen	3,5	3,5
Kommunale Versorgungseinrichtungen	6,3	6,4
Übrige kommunale Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	4,5	4,8
Straßen	29,5	27,7
Verwaltung	3,5	3,3
Staat insgesamt	62,8	60,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37,2	39,1
Öffentlicher Bereich insgesamt	100,0	100,0

(Quelle: DIW-Wochenbericht, Nr. 46/74, S. 407)

Es fällt auf, daß viele Bereiche, in denen die finanziellen Schwerpunkte der „inneren Reformen“ liegen müßten, ihren Anteil nur unzureichend ausweiten konnten bzw. sogar an Bedeutung verloren. Das gilt sehr stark für den Wissenschaftsbereich, in dem der Hochschulbau den Hauptanteil ausmacht. Das Gesundheitswesen, vor allem der Krankenhausbau, wurde ebensowenig ausgebaut wie das kommunale Versorgungswesen, zu dem in erster Linie Einrichtungen des Umweltschutzes zählen. Die Zunahme im Unterrichtsbereich ist teilweise nur optisch, da die Gemeinden erst nach 1970 die in den vorangegangenen Rezessionsjahren unterlassenen Schulneubauten nachholen konnten.

1.4 Außenwirtschaft

Die wirtschaftliche Lage aller kapitalistischer Länder ist durch konjunkturelle Abschwächungen bzw. durch Rezessionserscheinungen auf der einen Seite und durch anhaltende Inflationstendenzen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute der Bundesrepublik rechnen für 1974 nur noch mit einer realen Zunahme des Bruttosozialprodukts aller westlicher Industrieländer von 0,5 Prozent.

Die Gleichläufigkeit der Konjunkturen und die Unordnung des internationalen Währungssystems behindern die Expansion des Welthandels. Real erhöhte er sich im ersten Halbjahr 1974 noch um 7 Prozent gegenüber 13,5 Prozent im gleichen Vorjahreszeitraum. Mit einer weiteren Abschwächung im zweiten Halbjahr wird gerechnet (Wirtschaftskonjunktur, 10/74, S. 33).

Trotz dieser allgemeinen Abschwächung weist die Bundesrepublik nach wie vor hohe Überschüsse in ihrer Handelsbilanz auf. Allerdings sind nunmehr die Anzeichen für die Beendigung der bisherigen Exportexpansion nicht mehr zu übersehen.

Seit dem Frühjahr ist die Warenausfuhr der BRD kaum noch gestiegen, real war sie sogar leicht rückläufig.

Außenhandel der BRD

	Import in Mio.	Export in Mio.	Saldo in Mio.	Saldo in % geg. Vorjahr
1972	128 744	149 022	+ 20 278	+ 27,6
1973	145 417	178 396	+ 32 979	+ 63,4
1974, 1. Vj.	41 390	54 665	+ 13 275	+ 125,5
1974, 2. Vj.	45 173	57 142	+ 11 969	+ 72,0
Juli	15 951	20 400	+ 4 449	+ 51,7
August	15 055	18 210	+ 3 155	- 2,0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 70/71*)

In realen Werten ist die Stagnation der Exportüberschüsse in den letzten Monaten noch deutlicher. Denn seit Jahresbeginn steigen die Preise der Ausfuhrüter schneller als die der Einfuhrüter. Im Zeitraum Januar/August 1974 verteuerten sich die Ausfuhrüter um 9,2 Prozent, die Einfuhrüter nur noch um 2,7 Prozent. Trotz leichter Abwertungstendenzen der DM haben sich infolgedessen in den letzten Monaten die realen Austauschverhältnisse im Außenhandel („Terms of Trade“) für die Bundesrepublik wieder etwas verbessert, nachdem sie im Ergebnis der steigenden Rohstoffpreise 1973 gesunken waren.

Ursache der wieder leicht verbesserten „Terms of Trade“ ist die Entwicklung der Rohstoffpreise, vor allem für Industrierohstoffe. Seit April 1974 ist der Preisindex wieder rückläufig.

Index der Industrierohstoffpreise (1952–1956 = 100)

	September 1973	April 1974	September 1974	Veränderung in % geg. Sept. 73 April 74	
Industrierohstoffe					
insgesamt	199,2	342,0	311,5	+ 56,7	- 8,9
Kohle und Koks	265,2	392,2	389,9	+ 47,0	- 0,6
Erdöl und Derivate	132,4	485,9	483,8	+ 265,4	- 0,6
Eisen und Stahl	224,2	313,7	302,8	+ 35,0	- 3,5
NE-Metalle	230,6	378,4	242,4	+ 5,1	- 35,9

(Quelle: Berechnung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, FAZ, vierteljährlicher Bericht über die internationalen Warenmärkte)

Wenn in den kapitalistischen Industrieländern die rohstoffexportierenden Länder für die Krisenerscheinungen verantwortlich gemacht werden, dann wird wohlweislich immer nur die Entwicklung des Jahres 1973/74 in die Berechnung eingezogen. So auch Bundeskanzler Schmidt, wenn er in einem Fernsehinterview behauptet: „Die Senkung des Lebensstandards haben die Erdölländer herbeigeführt“ (Zit. in: Kölner Stadtanzeiger v. 4. 11. 1974).

Belegt werden solche Feststellungen mit Hinweisen auf die Entwicklung der Rohöleinfuhr.

Rohöleinfuhr der Bundesrepublik

	Menge		Wert		Einfuhrpreis	
	Mio. t	In % geg. Vorjahr	Mio. DM	In % geg. Vorjahr	DM/t	In % geg. Vorjahr
1970	98,8	+ 10,3	5 938	+ 4,8	60,11	- 5,0
1971	100,2	+ 1,5	7 679	+ 29,3	76,62	+ 27,5
1972	102,6	+ 2,4	7 411	- 3,5	72,23	- 5,7
1973	110,5	+ 7,7	9 083	+ 22,6	82,20	+ 13,8
1974						
Jan./Juli	58,9	- 7,7	13 026	+ 178,4	221,12	+ 201,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/74, S. 38)

In den ersten sieben Monaten des Jahres 1974 wurden für Rohölimporte rund 8,3 Mrd. DM mehr ausgegeben als im gleichen Vorjahreszeitraum, d. h. vor Beginn der Energiekrise. Rechnet man die erhöhten Kosten für die Einfuhr von Mineralölerzeugnissen hinzu, dann kommt man zu Mehraufwendungen von rund 10 Mrd. DM (ebenda).

Diese Mehraufwendungen können natürlich nicht nur den rohstoffexportierenden Ländern angelastet werden. Die sechs größten Erdölkonzerne der Welt verzeichneten in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 22 Mrd. DM an Reingewinnen, ungefähr doppelt soviel wie im gleichen Vorjahreszeitraum

(Wirtschaftswoche, Nr. 46/74, S. 79). Ein erheblicher Teil des von Schmidt geforderten „Konsumverzichts“ fließt also in die Kassen der Ölkonzerne.

Aber auch ohne die Berücksichtigung der Konzerngewinne ist es unberechtigt, den rohstoffexportierenden Entwicklungsländern den „Schwarzen Peter“ der kapitalistischen Krise zuzuschreiben. Im gleichen Zeitraum setzten die Exporteure der Bundesrepublik kräftig die Preise herauf und holten damit einen Teil der Mehraufwendungen zurück. Das steigerte die Gewinne der Exporteure, nicht aber den Lebensstandard der Massen. Zwischen Juli 1973 und Juli 1974 stiegen die Exportpreise um 18,8 Prozent.

Vollständig anders sieht das Bild aus, wenn ein etwas längerer Zeitraum überblickt wird. Setzt man die realen Austauschverhältnisse der Bundesrepublik, d. h. das Wertverhältnis von Ausfuhr und Einfuhr im Jahre 1962 = 100, dann haben sie sich bis zum Juli 1974 nur ganz leicht auf 98 verschlechtert. Das bedeutet, daß die Bundesrepublik im Juli für ihre Exporte real knapp 2 Prozent weniger Importwaren erhielt als 1962. Durch die Entwicklung der letzten Monate dürfte selbst dieser kleine Rückstand wieder aufgeholt worden sein. In etwas längerfristiger Betrachtung kann die Preisentwicklung im Außenhandel also keineswegs für eine Verschlechterung des Lebensstandards verantwortlich gemacht werden.

Die verbesserten „Terms of Trade“ der letzten Monate hätten zu einer Verlangsamung des Anstiegs der industriellen Erzeugerpreise führen müssen. Die relative Verbilligung der Einfuhr wurde jedoch von den Unternehmen nicht an die Verbraucher weitergegeben (DIW-Wochenbericht 47/74, S. 412). Das zeigt die ganze Durchsichtigkeit der Argumentation mit den gestiegenen Rohölkosten. Nicht die rohstoffexportierenden Länder legen der Bevölkerung einen Konsumverzicht auf, sondern die Konzerne, insbesondere die international tätigen Gesellschaften.

2. Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Die Gewinnsituation wird sowohl von den Unternehmern als auch von der Regierung und von den Wirtschaftsforschungsinstituten lebhaft beklagt. Die statistische Grundlage solcher Klagen ist die Größe „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“, die allerdings eine Differenzierung nicht erlaubt.

Einkommen der Privaten aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen

	1972		1973		1. Hj. 1974	
	Mrd. DM	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr	Mrd. DM
Bruttoeinkommen	197,5	214,8	+ 8,8	104,5	+ 0,3	
Nettoeinkommen	155,0	161,6	+ 4,3	78,3	- 2,3	
Abschreibungen	88,6	97,7	+ 10,3	53,4	+ 12,6	
Verfügbare ¹						
Mittel	243,5	259,3	+ 6,5	131,7	+ 3,3	

¹ Nettoeinkommen und Abschreibungen
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 16)

Es ist offensichtlich, daß angesichts der immer noch gespaltenen Konjunktur eine solche Globalzahl kaum aussagekräftig ist.

Günstiger ist die Finanzierungssituation der Unternehmen. In dieser Größe werden unterschiedslos alle gewerblichen Unternehmen zusammengefaßt. Im Gegensatz zu den „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ enthält sie nicht die Einkünfte der freiberuflich Tätigen und die Vermögenseinkommen der Privaten.

Finanzierungssituation der Unternehmen

	1972		1973		1974	
	Mrd. DM	% geg. Vorjahr	Mrd. DM	% geg. Vorjahr	Mrd. DM	% geg. Vorjahr
Nicht entnommene Gewinne	15,6	- 16,8	12,2	- 21,8	11,4	+ 4,3
Empf. Vermögensübertragungen	23,1	+ 23,8	25,4	+ 10,2	13,2	+ 21,4
Abschreibungen	88,6	+ 9,6	97,7	+ 10,3	53,4	+ 12,6
Eigene Finanzierungsmittel	127,2	+ 7,7	135,3	+ 6,4	77,9	+ 12,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 16)

Bei dieser Rechnung handelt es sich allerdings nur um die in den Bilanzen offen ausgewiesenen Erträge und Finanzzuflüsse, durch die die Finanzkraft eines Unternehmens nur zu einem Bruchteil offengelegt wird.

Diese Feststellung gilt auch für die Dividendenentwicklung. Allerdings kann aus einem Anstieg der Gewinnausschüttungen auf eine verbesserte Gewinnlage geschlossen werden, da die meisten Unternehmen eher zu einer zurückhaltenden Ausschüttungspolitik neigen.

Die Dividendensumme der Aktiengesellschaften stieg 1973 von 5324,3 auf 6143,1 Millionen DM, also um 15,4 Prozent an. Rückläufig waren die Dividenden in den Bereichen Optik, Feinmechanik, Uhrenherstellung, Wohnungswirtschaft, Bekleidung und Großhandel, während bei der Mineralölverarbeitung und im Straßen- und Luftfahrzeugbau wesentliche Erhöhungen zu verzeichnen waren. Etwa zwei Drittel der Dividendensumme entfiel auf die Chemische Industrie, den Straßen- und Luftfahrzeugbau, die Energiewirtschaft, die Elektrotechnik und die Kreditinstitute. Die 50 größten Aktiengesellschaften mit 50,6 Prozent des erfaßten Stammkapitals verteilten 55,6 Prozent der Dividendensumme. (Wirtschaft und Statistik, 9/74, S. 540/41.) Die durchaus gute Gewinnlage vieler großer Konzerne und Konzerngruppen im bisherigen Verlauf des Jahres 1974 zeigt, daß die schwache Entwicklung der „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ vor allem die Probleme des Mittelstandes und einiger Zweige der Konsumgüterindustrie widerspiegelt, nicht aber etwa rückläufige Gewinne in der Gesamtwirtschaft.

An der Spitze liegen noch immer die Konzerne der Chemie- und Stahlindustrie.

IG-Farben Nachfolger im ersten Halbjahr 1974

	Gewinn vor Steuern in Mio. DM	Zuwachs geg. Vorjahr in %
Bayer-Welt	789	+ 30,6
Bayer AG	489	+ 31,1
BASF-Welt	736	+ 36,8
BASF AG	407	+ 30,9
Hoechst-Welt	860	+ 70,7
Hoechst AG	510	+ 60,0

(Quelle: Wirtschaftswoche, Nr. 38, S. 64)

Thyssen (ATH) kündigte an: „Wir werden das Rekordjahr 1969/70 in diesem Jahr noch überbieten.“ Damals war ein Jahresüberschuß von 219 Mio. DM ausgewiesen worden. (Wirtschaftswoche, Nr. 42/74, S. 75.) Estel NV. Hoesch-Hoogovens erwirtschaftete in den ersten 9 Monaten des Jahres 1974 einen Reingewinn von 258 Mio. hfl. (gegenüber 96 Mrd. im Vorjahr) und steigerte die Eigenkapitalrendite von 5,6 Prozent 1973 auf 10 Prozent. (HB. v. 13. 11. 1974.) Salzgitter hält das laufende Jahr für „noch besser als das ohnehin schon recht gute Jahr 1972/73“. Ähnlich begeistert äußerten sich Vertreter von Mannesmann, Krupp und Klöckner. (Wirtschaftswoche, Nr. 42/74, S. 76.)

Trotz Kurzarbeit und Beschäftigungsabbau wird auch der größte Elektrokonzern der Bundesrepublik, die Siemens AG, im Ge-

schäftsjahr 1973/74 nicht nur die gleiche Dividende auf das erhöhte Grundkapital zahlen wie 1972/73, sondern auch die Rücklagen kräftig erhöhen. Die Rendite bezogen auf den Umsatz steigt stetig und liegt nun bei 2,9 Prozent gegenüber 2,8 Prozent im Vorjahr. Der größte Elektronik-Konzern Grundig konnte 1973/74 den Jahresüberschuß um 36,2 Prozent auf 79 Mill. DM steigern. (Wirtschaftswoche, Nr. 45/74, S. 70.)

Der größte Papierhersteller der BRD, Papier Waldhof/Aschaffenburg (PWA), ist, wie das Handelsblatt meint, „fast wunderbar genesen“. Für 1974 wird mit einem Ergebnis von mehr als 100 Mill. DM gerechnet, nach einem Überschuß von 1,17 Mill. DM im Jahre 1973. (HB. v. 15./16. 11. 1974.) Trotz großer Probleme im Einzelhandel können die großen Warenhauskonzerne steigende Gewinne verzeichnen. Bei stagnierenden realen Umsätzen verbesserten sie im ersten Halbjahr 1974 ihre Ergebnisse, so daß das Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus & Burkhardt besonders die Kapitalanlage bei Karstadt, Kaufhof und Horten empfiehlt. (HB. v. 10. 9. 1974.)

Gerade am Beispiel des Einzelhandels läßt sich demonstrieren, wie hohe und steigende Gewinne bei einigen großen Unternehmen verbunden sind mit dem Ruin vieler kleiner Betriebe.

2.2 Konzentration

Die gegenwärtige Krise wird durch eine ständig wachsende Zahl von Konkursen und Firmenzusammenbrüchen begleitet. In diesem Jahr werden mehr Unternehmen zusammenbrechen als jemals zuvor seit Gründung der Bundesrepublik.

Konkurse und Vergleiche

	Insolvenzverfahren	In % geg. Vorjahr	Millionenkonkurse
1972	4 619	-	-
1973	5 515	+ 21,6	620
1974, 1. – 3. Quartal	5 529	+ 42,4	699

(Quelle: Info 3/74; FAZ v. 12. 11. 74)

Spitzenreiter der Konkurse ist die Bauwirtschaft, die mit 914 Zusammenbrüchen einen Zuwachs von 85 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht. Dazu gehörten solche großen Unternehmen wie die Mainzer Bauträger-Gruppe Dr. Koppe & Co KG und die Engelhardt & Co KG in Hannover, die mit 129 bzw. 75 Millionen DM Umsatz zu den Größten der Branche zählten. Besondere Schwierigkeiten hat auch der Handel, der bisher 1114 Zusammenbrüche meldete. In dieser Zahl sind jedoch nicht die kleinen selbständigen Einzelhändler enthalten, die zu Tausenden schließen mußten.

Unternehmen des Handels

	1955	1966	1972	1980 ¹
Großhandel	145 300	132 300	110 700	82 000
Einzelhandel	567 400	519 000	430 500	330 000

¹ Schätzung
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 23/74, S. 13 ff.)

Eine Untersuchung des Ifo-Instituts kommt zu dem Ergebnis, daß „nur rund ein Fünftel sämtlicher Einzelhandelsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland die Rentabilitätsvoraussetzungen erfüllt, die bei Anwendung eines strengen betriebswirtschaftlichen Maßstabes“ erfüllt sein müßten. (ebd., S. 12.) Es handelt sich dabei um Unternehmen ab 500 000 bis 1 Mill. DM Jahresumsatz, die in der Regel mehr als 5 Beschäftigte haben. Eine Vielzahl kleiner und kleinster Unternehmen hält sich offensichtlich nur durch rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft von Inhabern, Familienmitgliedern und wenigen Angestellten über Wasser.

Nach Schätzung des Hauptverbandes des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels werden von den ca. 130 000 Unternehmen, die zu Ende des Jahres 1973 noch bestanden, 1974 zwischen 10 000 und 12 000 aufgeben müssen, vor allem Betriebe mit weniger als 500 000 DM Jahresumsatz. (FAZ v. 3. 9. 1974.) Im Vorjahr waren es etwa 8000 gewesen.

Die Krise beschleunigt den Prozeß der Vernichtung selbständiger Existenzen, der im Grundsatz jedoch ein langfristiger struktureller Vorgang ist. Es profitieren von dem Ruin der selbständigen Händler vor allem die Warenhäuser, die Verbrauchermärkte und die Filialunternehmen.

Einzelhandel nach Betriebsformen

	1964	Marktanteile 1972	1980 ¹
Versandunternehmen	4,5	4,8	5,0
Nicht organisierter Einzelhandel	38,2	26,8	17,5
Freiwillige Ketten	15,7	14,2	12,5
Einkaufsgenossenschaften	18,7	16,7	15,5
Coop-Gruppe	3,1	2,8	3,0
Filialunternehmen	10,6	15,4	18,0
Verbrauchermärkte	0,0	8,5	15,0
Warenhäuser	9,1	10,8	13,5

¹ Schätzung
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 23/74, S. 1)

Umstrukturierungsprozesse waren in den letzten Monaten auch wieder bei großen Unternehmen zu verzeichnen. Genannt werden sollen vor allem die Machtverschiebungen zwischen AEG und Siemens.

Kurz nacheinander mußte AEG sich von der Telefunken Computer GmbH (Großcomputerbau) und von der Beteiligung an der Kraftwerk Union AG (Kernkraftwerke) trennen. Übernommen werden sollen diese Bereiche von Siemens. Trotz großzügiger öffentlicher Förderung — der Großcomputerbau wurde bisher z. B. mit 136 Mill. DM subventioniert — sind diese Zukunftsprojekte offensichtlich über die finanzielle Leistungsfähigkeit von AEG hinausgegangen. Fraglich ist es auch, ob Siemens in der Lage sein wird, die Projekte erfolgreich alleine weiterzuführen. Eine Bundesbeteiligung an der KWU war bereits im Gespräch. (FAZ v. 20. 8. 1974; HB. v. 7. 11. 1974.)

Eine besonders „prominente“ Pleite ist der Zusammenbruch des traditionsreichen Stumm-Konzerns, als Holding des Neunkircher Eisenwerks und einiger anderer Unternehmen immer noch eine der größeren Unternehmensgruppen der Bundesrepublik. (HB. v. 28. 10. 1974.)

Ein wichtiger Konzentrationsvorgang wurde im Edelstahlbereich abgeschlossen. Das Edelstahlwerk Witten AG geriet vollständig unter den Einflußbereich von Thyssen, während die Stahlwerke Südwestfalen von Krupp aufgekauft wurden. Es gibt nunmehr in der Bundesrepublik zwei große Gruppen im Edelstahlbereich: Thyssen mit dem Deutschen Edelstahlwerk (DEW) und dem Edelstahlwerk Witten auf der einen und Krupp mit eigenen Kapazitäten und den Stahlwerken Südwestfalen auf der anderen Seite. (FAZ v. 2. 10. 1974.)

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Der Anstieg der Bruttoeinkommen der Arbeiter und Angestellten hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verlangsamt.

Bruttolohn- und -gehaltssumme

	Insgesamt		Je Beschäftigten	
	In Mio DM	In % geg. Vorjahr	In DM monatlich	In % geg. Vorjahr
1970	306 400	+ 17,3	1 148	+ 14,7
1971	345 000	+ 12,6	1 283	+ 11,8
1972	376 240	+ 9,1	1 398	+ 9,0
1973	423 800	+ 12,6	1 565	+ 12,0
1974, 1. Hj.	221 300	+ 9,8	1 659	+ 10,9
1974, 3. Vj.	117 200	+ 9,8	—	—

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/74, S. 615; DIW-Wochenbericht, 47/74, S. 414/15)

Die tariflichen Einkommen haben sich im Jahre 1974 etwas schneller entwickelt als die effektiven Einkommen, so daß die Lohndrift sich verringerte.

Tariflohn- und -gehaltsniveau auf Monatsbasis in Prozent gegenüber dem Vorjahr

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
+ 11,5	+ 11,4	+ 11,5	+ 11,7	+ 11,9	+ 12,3	+ 12,1	+ 12,0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 69¹)

Die Löhne und Gehälter stehen gegenwärtig im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion. Alle drei Bundestagsfraktionen haben vor „zu hohen Lohnabschlüssen“ gewarnt, wobei die Bundesregierung einen Anstieg der Einkommen aus unselbständiger Arbeit um 8,5 bis 9,5 Prozent anstrebt. Der Durchschnitt der Tarifabschlüsse, so meint die Bundesbank, müsse noch „beachtlich unter dem genannten Zuwachs der Effektivverdienste liegen“. (Zit. in: HB. v. 19. 11. 1974.) Der Arbeitgeberverband behauptet: „Eine expansive Lohnpolitik bedeutet für 1975 nur neue Kosteninflationsschübe und zusätzliche Arbeitslosigkeit.“ (Zit. in: HB. v. 14. 11. 1974.)

Tatsächlich sind schon in der Vergangenheit die von den Unternehmern berechneten „Lohnkosten“ — die höher sind als die Effektivlöhne — zurückgegangen, so daß von der Lohnseite her insgesamt eine Kostenentlastung eingetreten ist.

Lohnkosten in der Industrie (Index 1962 = 100)

	1972	1973	1974, 1. Vj.	1974, 2. Vj.
Löhne und Gehälter je Produkteinheit	143,0	150,1	151,7	163,0
Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit	112,8	113,5	105,3	108,9

(Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Industrie und Handwerk)

Die sinkende Tendenz der „Lohnkosten“ und die tatsächliche Bedeutung der Löhne und Gehälter bei der Preisbildung zeigt der Lohnanteil am Umsatz.

Löhne und Gehälter je 1000 DM Umsatz in ausgewählten Industriezweigen in DM

	1972	1973	1974, 1. Vj.
Eisenschaffende Industrie	224	205	174
Mineralölverarbeitung	45	39	31
Chemische Industrie	220	217	167
Straßenfahrzeugbau	256	270	255
Textilindustrie	240	246	211
Bekleidungsindustrie	244	263	230

(Quelle: ebenda)

3.2 Nettolöhne und -gehälter

Verlangsamt hat sich auch der Anstieg der Summe der Nettoarbeitseinkommen.

Nettolohn — und gehaltssumme

	Insgesamt		Je Beschäftigten	
	Mio DM	% geg. Vorjahr	DM monatlich	% geg. Vorjahr
1970	237 150	+ 14,8	888	+ 12,2
1971	262 190	+ 10,6	975	+ 9,7
1972	286 050	+ 9,1	1 063	+ 9,0
1973	311 200	+ 8,8	1 149	+ 8,2
1974, 1. Hj.	164 070	+ 8,7	1 230	+ 9,8
1974, 3. Vj.	83 900	+ 7,2	—	—

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/74, S. 614/15; DIW-Wochenbericht, 47/74, S. 314/15)

Die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter ist für die konjunkturelle Situation von großer Bedeutung, weil sie die wichtigste Grundlage der Massenkaufkraft sind. Da die wirtschaftliche Abschwächung im Kern von den sinkenden Absatzmöglichkeiten der Konsumgüterindustrie ihren Ausgang genommen hat, wird nur eine entscheidende Belebung der Konsumnachfrage eine rezessive Entwicklung verhindern können. Die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute rechnen jedoch für das zweite Halbjahr 1974 mit einer weiteren Verlangsamung des Nettolohnanstiegs auf 6,5 Prozent. In der Konsequenz würde das einen realen Rückgang der Kaufmöglichkeit bedeuten (Wirtschaftskonjunktur, 10/74, S. 43).

Schon im 3. Quartal ist die Nettolohn- und -gehaltssumme real nicht mehr angestiegen.

Es muß zudem berücksichtigt werden, daß die unsichere wirtschaftliche Situation die Verbraucher zu vermehrter Kaufzurückhaltung veranlaßt. Die Sparquote (Ersparnis in Prozent des verfügbaren Einkommens) ist infolgedessen angestiegen und liegt mit 14 Prozent im 2. Quartal 1974 sowohl über dem Stand des Vorjahres als auch über dem Stand des Vorquartals.

Gespart wird von den Haushalten ohne langfristige Festlegung der Gelder, ein Indiz für die große Unsicherheit der Sparer. Die Summe der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist vergrößerte sich zwischen August 1973 und August 1974 um 13,1 Prozent auf mehr als 156 Mrd. DM (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 22¹). Die hohe Ersparnisbildung hängt auch mit der verringerten „negativen Ersparnis“ in Form von Konsumentenkrediten zusammen. Im zweiten Vierteljahr war die Neuverschuldung mit rund 1 Mrd. DM weniger als halb so hoch wie im gleichen Vorjahreszeitraum (ebd. 9/74, S. 32).

Einen teilweisen Ausgleich der ausfallenden Massenkaufkraft bei Kurzarbeit und Entlassungen stellen die Ausgleichszahlungen und Unterstützungen der Bundesanstalt für Arbeit dar. Daher liegt der Anstieg der „Masseneinkommen“ (Nettoarbeitseinkommen, Pensionen, Renten und Unterstützungen) über dem Anstieg der Arbeitseinkommen.

Masseneinkommen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1970	1971	1972	1973	1974, 1. Vj.	1974, 2. Vj.
+ 12,8	+ 11,0	+ 10,3	+ 9,7	+ 9,7	+ 10,9

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 69¹)

Dadurch kann jedoch die rückläufige Tendenz der Steigerungsraten der Arbeitseinkommen nicht aufgehalten werden. Die Unterstützungszahlungen stellen lediglich ein gewisses verzögerndes Moment dar.

3.3 Preise

Die Bundesregierung beurteilt die Möglichkeiten, den Preisauftrieb in Zukunft abzumildern sehr optimistisch. Der interministerielle Arbeitskreis rechnet für 1975 „nur“ noch mit einem Anstieg der Lebenshaltungskosten um 6,5 Prozent nach etwa 7,5 Prozent im laufenden Jahr.

Wenn sich auch im laufenden Jahr die Preisentwicklung der Lebenshaltung nicht mehr beschleunigt hat, so gibt doch die gegenwärtige Situation für einen solchen Optimismus keinen Anlaß.

Preisindex gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Priv. Le- ¹ benshaltung	ohne Nah- rungsmittel	Erzeugerpreise Industr. Produkte	Erzeugerpreise landw. Produkte
Januar	+ 7,4	+ 7,5	+ 10,6	+ 0,2
Februar	+ 7,6	+ 7,9	+ 12,4	- 1,8
März	+ 7,2	+ 7,5	+ 13,2	- 5,4
April	+ 7,1	+ 7,7	+ 13,7	- 8,3
Mai	+ 7,2	+ 7,7	+ 14,1	- 9,4
Juni	+ 6,9	+ 7,6	+ 13,6	- 7,4
Juli	+ 6,9	+ 7,6	+ 13,9	- 7,9
August	+ 7,0	+ 7,4	+ 14,1	- 6,2
September	+ 7,3	—	+ 14,2	- 3,9
Oktober	+ 7,1	—	+ 14,6	—

¹ Aller Haushalte
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/74, S. 736 u. S. 640¹; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 68¹; FAZ v. 21. 11. 74)

Es fällt auf, daß der Preisindex der privaten Lebenshaltung nicht weiter ansteigt, während die industriellen Erzeugerpreise sich eindeutig beschleunigen.

Eine Ursache sind die relativ langsam steigenden Lebensmittelpreise (im September + 4,9 Prozent) als Folge der rückläufigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Die Differenz zwischen sinkenden Erzeugerpreisen und — wenn auch etwas langsamer — steigenden Nahrungsmittelpreisen zeigt, daß die Verbraucher von den Landwirtschaftspreisen kaum profitieren. Einige Grundnahrungsmittel gehören sogar zu den Spitzenreitern der Preisskala im Oktober.

Gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat stiegen z. B. die Preise für

Vollmilch in Tüten	um 8,6 Prozent
Kabeljau-Filet	um 13,2 Prozent
Margarine	um 38,3 Prozent
Mischbrot	um 11,6 Prozent
Tafeläpfel	um 17,7 Prozent

Die Verschiebung der Strukturen zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugerpreisen und Lebenshaltungskosten ist Ausdruck eines Umverteilungsprozesses in der Wirtschaft. Der stark monopolisierten Industrie gelingt es, über die Preise ihre Profite zu erhöhen. Die konsumnahen Produzenten und der Einzelhandel stehen jedoch unter dem Druck rückläufiger Massenkaufkraft und können die erhöhten Einstandspreise oft nicht voll weitergeben.

Die Schere zwischen Verbraucherpreisen und industriellen Erzeugerpreisen wird daher den Ruin mittelständischer Existenzen beschleunigen. Wenn auch in der gegenwärtigen Lage die Industriepreise nicht voll auf die Lebenshaltungskosten durchschlagen werden, so ist es wahrscheinlich, daß bei einer wirtschaftlichen Belebung die Lebenshaltungskosten einen stärkeren Auftrieb erhalten werden.

3.4 Beschäftigung

Seit Mitte 1973 ist die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft rückläufig.

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl (in 1000)¹

	1973				1974	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Land- und Forstwirtschaft	295	293	291	289	289	287
Produzierendes Gewerbe	11 850	11 847	11 833	11 783	11 657	11 467
darunter:						
Industrie	8 799	8 823	8 827	8 813	8 741	8 667
Baugewerbe	1 922	1 894	1 879	1 843	1 792	1 675
Handel und Verkehr	4 254	4 265	4 272	4 272	4 266	4 252
Dienstleistungen	6 050	6 074	6 087	6 100	6 119	6 137
Beschäftigte gesamt	22 449	22 479	22 484	22 444	22 332	22 142

¹ Abhängig Beschäftigte
(Quelle: DIW-Wochenbericht 40/74, S. 345)

Seitdem sind in der Gesamtwirtschaft rund 340 000 Arbeitsplätze für Arbeiter, Angestellte und Beamte verlorengegangen. Im dritten Quartal 1974 sind nach den neuesten Zahlen saisonbereinigt weitere 190 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. (ebd., 47/74, S. 412.) Verantwortlich für diesen Rückgang war vor allem das Baugewerbe, das seit Beginn des Jahres 1973 rund 250 000 und seit dem 3. Quartal 200 000 Beschäftigte eingespart hat. Doch auch in der Industrie wird die Beschäftigtenzahl abgebaut. Obwohl der Index der industriellen Nettoproduktion im Juli noch um 1,3 Prozent über dem Vorjahr lag, war die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 2,6 Prozent niedriger. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 65.)

Während die Beschäftigung im Bereich Handel und Verkehr ebenfalls leicht rückläufig ist, reicht die Entwicklung im Dienstleistungssektor nicht mehr aus, um die freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen. Da der Zuwachs bisher im wesentlichen auf die Entwicklung im öffentlichen Dienst zurückzuführen war, ist zu erwarten, daß auch der Dienstleistungssektor in Zukunft keine neuen Arbeitskräfte mehr aufnehmen wird. Denn die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand und bei Bahn und Post werden vorrangig den Personalbereich betreffen.

Eine gegenläufige Tendenz beinhaltet die Entwicklung des Krankenstandes. Nach Feststellung des Bundesverbandes der gesetzlichen Krankenkassen ist der durchschnittliche Krankenstand in den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 6,94 auf 6,30 Prozent gesunken, d. h. um etwa 10 Prozent. (FAZ v. 30. 10. 1974.) Allein dadurch wurden 0,64 Prozent der Arbeitskräfte zusätzlich eingespart. Bezogen auf die Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten sind das rund 140 000 Arbeitskräfte.

Eine Beschleunigung des Beschäftigtenabbaus ist in den nächsten Monaten zu erwarten. Eine Befragung des Ifo-Instituts ergab, daß rund 42 Prozent der befragten Unternehmen in den nächsten 3 bis 4 Monaten ihren Personalbestand verringern wollen, nur 3 Prozent wollen ihn vergrößern. Daraus hat das Institut einen Rückgang von 2 Prozent im Befragungszeitraum errechnet. (Wirtschaftskonjunktur, 10/74, S. 3.)

Die Willkür der Beschäftigungspolitik, vor allem bei den großen Konzernunternehmen, wird deutlich am Beispiel des VW-Konzerns. Von November 1971 bis November 1972 wurde die Gesamtbelegschaft um 16 000 Beschäftigte auf 117 000 abgebaut. Im darauffolgenden Jahr 1973 wurde die Belegschaft wieder um 9500 Arbeitskräfte erweitert. In den ersten beiden Monaten 1974 wurden nochmals 3000 Arbeiter eingestellt. Seit April wird dagegen wieder abgebaut. Nach Abschluß der laufenden „Abfindungsaktion“ werden zwischen April und November 15 000 Belegschaftsmitglieder weniger gezählt werden als zu Jahresbeginn. Dieser von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ als „Ein- und Ausatmen im Personalbereich“ bezeichnete Vorgang macht Zehntausende von Familien zu einer Manövriermasse eines einzigen Konzerns, der deren Existenz ganz kurzfristig orientierten Profitinteressen unterordnet. (FAZ v. 11. 11. 1974.)

Arbeitsplätze im Inland nach Wirtschaftsbereichen (in 1000)

	1960	1972	1980	1990
Land- und Forstwirtschaft	3 580	1 950	1 350	860
Warenproduzierendes Gewerbe	12 500	12 670	12 420	12 260
darunter: Baugewerbe	2 040	2 160	2 150	2 150
Handel und Verkehr	4 760	4 850	4 870	4 910
Dienstleistungen	2 380	3 030	3 480	4 160
Staat	2 110	3 240	3 880	4 760
Private Haushalte und Organisationen	760	660	720	840
Wirtschaft insgesamt	26 090	26 400	26 730	27 790

(Quelle: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Sonderdruck, 3/74, S. 282)

Der Rückgang der Beschäftigung ist vorwiegend durch die konjunkturelle Lage bedingt. Jedoch wird auch langfristig die Zahl der Arbeitsplätze nur noch wenig zunehmen. Eine Pro-

jektion der Bundesanstalt für Arbeit, die den Arbeitskräftebedarf bis 1990 untersucht hat, schätzt den zusätzlichen Bedarf von 1972 bis 1990 auf rund 1,4 Mill. Arbeitskräfte, also rund 5,3 Prozent aller Erwerbstätigen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). Voraussetzung dafür ist ein reales wirtschaftliches Wachstum um durchschnittlich 4 Prozent im Jahr.

Bemerkenswert ist, daß in dieser Projektion von einem absoluten Rückgang der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe ausgegangen wird. Die dort strukturell vernichteten Beschäftigungsmöglichkeiten müssen mit einer erheblichen Ausweitung des staatlichen Sektors, so besonders der sozialen Bereiche, einhergehen, wenn es nicht zu zusätzlicher Arbeitslosigkeit kommen soll. Dem setzen vor allem die Unternehmer heftigen Widerstand entgegen. Der Kampf um Verbesserung im Bildungswesen, im Gesundheitswesen, um mehr und bessere soziale Einrichtungen und um Verbesserung der öffentlichen Leistungen entspricht also nicht nur den veränderten Bedürfnissen, sondern ist auch notwendig, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

3.5 Arbeitslosigkeit

Inzwischen wird die Vorhersage der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute für den kommenden Winter kaum noch bestritten. In der Saisonspitze wird es entsprechend dieser Schätzung in der Bundesrepublik rund 1 Million Arbeitslose geben. Auch der Sachverständigenrat nennt in seinem Jahresgutachten 1974 diese Zahl. (FAZ v. 23. 11. 1974.)

Arbeitsmarkt 1973/74 in Tausend

	Arbeitslose		Differenz		Kurz- arbeiter		Differenz		Offene Stellen		Differenz	
	1973	1974	73/74	1973	1974	73/74	1973	1974	1973	1974	73/74	
Juni	201	451	+ 250	18	195	+ 177	674	374	- 300			
Juli	217	491	+ 274	11	141	+ 130	666	353	- 313			
August	222	527	+ 305	11	105	+ 94	648	339	- 309			
September	219	557	+ 338	36	265	+ 229	613	298	- 315			
Oktober	267	672	+ 405	68	370	+ 302	508	248	- 260			

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/74, S. 65; FAZ v. 8. 11. 74)

Die Arbeitslosenzahl hat damit bereits im Oktober den Höchststand der Krise 1966/67 im April 1967 erreicht.

Arbeitslosenquote 1974 in Prozent

	Juni	Juli	August	September	Oktober
	2,1	2,2	2,3	2,4	3,0

(Quelle: ebenda)

Noch deutlicher wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt durch die saisonbereinigten Daten charakterisiert.

Arbeitsmarkt 1974 saisonbereinigt in Tausend

	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosenquote in %
Juni	606	298	2,7
Juli	651	279	2,9
August	706	266	3,1
September	775	252	3,4
Oktober	835	253	3,7

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/74, S. 8)

Die amtliche Arbeitsmarktstatistik bringt den tatsächlichen Umfang des Beschäftigungsrückgangs jedoch nur teilweise zum Ausdruck. Mehrere Faktoren sind zusätzlich zu berücksichtigen. Ihre zahlenmäßigen Auswirkungen können jedoch nicht immer ermittelt werden.

Zwischen 150 000 und 200 000 ausländische Arbeiter haben seit dem Höchststand der Ausländerbeschäftigung im Septem-

ber 1973 die Bundesrepublik verlassen. (WSI-Mitteilungen 9/74, S. 340.) Sie sind aus der Beschäftigungsstatistik verschwunden. Im Jahre 1967 wurde das Arbeitsförderungs-gesetz verabschiedet, das verstärkt Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose vorsieht. Die im Vollzeitunterricht umgeschulten Arbeitslosen – Ende März 1974 waren das mehr als 110 000 Personen (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 4/74) – erscheinen nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik. Da aber ein großer Teil von ihnen auch nach der Umschulung arbeitslos bleibt, handelt es sich dabei ebenfalls um versteckte Arbeitslosigkeit.

Zählt man allein diese beiden Gruppen zu den ausgewiesenen Arbeitslosen, so überschreitet man die Zahl von 900 000 bzw. – saisonbereinigt – 1 Million.

Ein weiterer statistischer Korrektoreffekt hängt mit den 1973 eingeführten Veränderungen der Rentengesetze zusammen. Die flexible Altersgrenze ermöglicht ein Ausscheiden aus dem Arbeitsleben mit dem 63. Lebensjahr. Personen mit über 60 Jahren können seither auch dann vorgezogenes Altersruhegeld beantragen, wenn sie in den letzten 18 Monaten nicht ununterbrochen arbeitslos gewesen sind. Als Folge dieser statistischen Veränderungen ging im Jahre 1973 die Zahl der Arbeitslosen über 60 Jahre als einzige Gruppe zurück. Unterstellt man, daß der Anteil dieser Altersgruppe an den Arbeitslosen tatsächlich konstant geblieben ist, dann erscheint die Gesamtzahl allein aufgrund dieser Gesetzesänderungen um 60 000 bis 70 000 unbeschäftigten Personen niedriger.

Das Arbeitsangebot geht statistisch aber auch infolge der schlechten Beschäftigungslage selbst zurück. Zu dieser Gruppe versteckt Arbeitsloser gehören die Personen – zumeist Frauen – die gerne eine Beschäftigung ausüben würden, es aber angesichts der Lage am Arbeitsmarkt für aussichtslos halten, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Dazu gehören auch arbeitslos gewordene Ehefrauen, die nach einer bestimmten Zeit das Recht auf Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung verlieren und – weil der Ehemann verdient – keine Arbeitslosenhilfe erhalten. Da sie die Aussichtslosigkeit der Bemühungen um einen Arbeitsplatz kennen und vom Arbeitsamt keine Zahlungen mehr erhalten, geben sie die Arbeitssuche auf und verschwinden damit aus der Statistik der Arbeitslosen.

Zu dieser Gruppe gehören schließlich auch „Nebenerwerbsbauern“, die nach Verlust ihres Arbeitsplatzes außerhalb der Landwirtschaft zurückgekehrt sind und ihre frühere „Nebentätigkeit“ wieder zu ihrem Hauptberuf gemacht haben. (Wirtschaft und Statistik, 10/74, S. 702 f.)

Abschließend sei ein Blick auf die veränderte Zusammensetzung der statistisch erfaßten Arbeitslosen geworfen, so wie sie aus der Sonderuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit im Mai 1974 hervorgeht.

Schon zu diesem Zeitpunkt wurde eine Tendenz zur Verlängerung der Arbeitslosigkeitsdauer sichtbar.

Dauer der Arbeitslosigkeit in Prozent der Arbeitslosen

	September 1970		September 1973		Mai 1974	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Unter 1 Monat	28,5	40,9	26,9	29,8	19,5	16,7
1 – 3 Monate	23,0	30,3	26,4	31,0	30,3	32,4
3 – 6 Monate	14,0	15,5	14,6	17,6	26,3	26,0
6 – 12 Monate	18,8	11,3	19,1	17,3	17,1	19,4
1 – 2 Jahre	9,6	1,5	9,9	3,5	4,9	3,0
Über 2 Jahre	6,1	0,5	3,1	0,8	1,9	0,5

(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 2/74, S. 115 und 8/74, S. 823/24)

Die ausgesprochene Fluktuationsarbeitslosigkeit hat demnach an Bedeutung verloren, der Schwerpunkt liegt zwischen einem und sechs Monaten Beschäftigungslosigkeit. Der relative Rückgang der Dauerarbeitslosigkeit ist Folge der erwähnten Änderungen der Rentengesetze, also nur statistischer Art.

In dem Maße, wie Dauer der Arbeitslosigkeit zunimmt, sinkt das Lebensalter der Arbeitslosen.

Alter der Arbeitslosen in Prozent der Gesamtzahl

Männer Alter	April 1967	September			Mai 1974
		1970	1972	1973	
Bis 20	16,4	4,4	5,7	7,0	7,6
20 – 25		6,3	8,4	10,2	12,4
25 – 35	23,0	14,3	17,1	20,7	25,0
35 – 45	15,9	13,9	14,4	16,2	21,9
45 – 55	11,2	13,9	13,4	15,5	16,1
55 – 60	9,9	16,4	11,2	8,9	5,7
60 – 65	14,3	30,0	29,3	20,4	10,6
Ab 65	9,3	0,8	0,5	1,1	0,7

Frauen Alter	April 1967	September			Mai 1974
		1970	1972	1973	
Unter 20	19,9	11,0	10,5	12,0	9,4
20 – 25		15,6	15,7	17,0	17,1
25 – 35	22,2	24,7	24,0	24,4	25,3
35 – 45	20,6	17,2	18,3	17,1	19,7
45 – 55	18,8	16,1	18,0	17,5	18,1
55 – 60	10,3	9,6	8,4	6,8	5,7
60 – 65	6,5	5,6	5,0	5,0	4,4
Ab 65	1,7	0,2	0,1	0,2	0,3

(Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 2/74, S. 114 und 8/74, S. 123/24)

Auch hier muß berücksichtigt werden, daß rein statistische Effekte das Ergebnis verzerren.

Insgesamt ist das Durchschnittsalter der Erwerbslosen gesunken. Das ist besonders deutlich bei den Männern. In dieser Gruppe sank es von 45,2 Jahre 1972 auf 42,5 Jahre 1973 (jeweils im September) und auf knapp 39 Jahre im Mai 1974.

Ein weitgehend neues Problem für die Bundesrepublik stellt die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen dar. Auf der einen Seite ist die Chance für ungelernete Arbeitskräfte, einen Arbeitsplatz zu bekommen, besonders gering, auf der anderen Seite ist die Zahl der Lehrstellen weiterhin rückläufig. Nach einer Umfrage unter Schulabgängern des Schuljahres 1973/74, insgesamt 480 000 Jugendliche, sind 92 000 Schulabgänger ohne Lehrstelle geblieben. (Sozialpolitische Umschau, Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Nr. 160/74.)

Die spezifische Arbeitslosenquote der Jugendlichen kann gegenwärtig nur geschätzt werden. Im Arbeitsamtsbereich Köln z. B. waren im Oktober 7 Prozent aller Arbeitslosen ungelernete Jugendliche unter 18 Jahren. Die altersspezifische Arbeitslosenquote dürfte damit weit über der durchschnittlichen Quote liegen. (Kölner Stadtanzeiger v. 13. 11. 1974.)

Besonders betroffene Gruppen sind auch die Frauen und die ausländischen Arbeiter. Die spezifische Arbeitslosenquote der Frauen liegt mit 3,8 Prozent weit über dem Durchschnitt.

88 300 Ausländer waren im Oktober in der Bundesrepublik ohne Arbeit. Das entspricht einer Quote von 3,4 Prozent. Seit dem September 1973 dürften zwischen 250 000 und 300 000 ausländische Arbeiter, mehr als 10 Prozent der Gesamtzahl, ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Bei der beruflichen Struktur der Arbeitslosen fällt gegenüber den Vorjahren der hohe Anteil der Büroberufe auf. Zusammen mit den „Warenkaufleuten“ – vor allem Verkaufspersonal – stellten sie im September mehr als ein Fünftel der gemeldeten Erwerbslosen. (FAZ v. 9. 10. 74) Der Anteil der Angestellten war im Juli mit 31 Prozent viermal so hoch wie 1967. (WSI-Mitteilungen, 9/74, S. 338) Die große Zahl der Büroberufe unter den Arbeitslosen ist ein Hinweis auf eine Entwicklung, die in der Bundesrepublik auch bei Besserung der konjunkturellen Lage Arbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung machen wird. Die Rationalisierung erfaßt in stärkerem Maße auch die klassischen Angestelltenberufe und führt gerade in den Bereichen zu Freisetzungseffekten, die bisher noch die in der Industrie „wegrationalisierten“ Arbeitskräfte aufgenommen haben.

4 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf den Abschnitt des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Abschnitt
1	Bruttosozialprodukt in				
	a) jeweiligen Preisen	1. Vj. 1974/73	%	+ 6,8	1.1
	b) Preisen von 1962	1. Vj. 1974/73	%	- 0,5	1.1
2	Industrieproduktion				
	a) insgesamt	September 1974/73	%	- 5,4	1.2
	b) Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	September 1974/73	%	- 4,0	1.2
	c) Investitionsgüterindustrien	September 1974/73	%	- 7,5	1.2
	d) Verbrauchsgüterindustrien	September 1974/73	%	- 9,3	1.2
	e) Bauindustrie	August 1974/73	%	-11,6	1.2
	f) Eisenschaffende Industrie	August 1974/73	%	+ 2,0	1.2
	g) Chemische Industrie	August 1974/73	%	+ 2,9	1.2
	h) Maschinenbau	August 1974/73	%	+ 5,6	1.2
	i) Straßenfahrzeugbau	August 1974/73	%	-13,1	1.2
	j) Elektrotechnische Industrie	August 1974/73	%	+ 2,9	1.2
	k) Schuhindustrie	August 1974/73	%	- 3,1	1.2
	l) Textilindustrie	August 1974/73	%	-21,3	1.2
	m) Bekleidungsindustrie	August 1974/73	%	-16,1	1.2
3	Auftragseingang der Industrie				
	a) insgesamt	September 1974/73	%	+ 8,5	1.2
	b) aus dem Inland	September 1974/73	%	+ 5,9	1.2
	c) aus dem Ausland	September 1974/73	%	+14,2	1.2
4	Kapazitätsauslastung der Industrie				
	a) Investitionsgüterindustrien	1974	%	82,8	1.2
	b) Konsumgüterindustrien	1974	%	79,8	1.2
5	Exportüberschuß				
	a) absolut	August 1974	Mrd. DM	3,2	1.4
	b) Veränderung	August 1974/73	%	- 2,0	1.4
6	Finanzierungsmittel der Unternehmen	1. Hj. 1974/73	%	+12,6	2.1
7	Konkurse und Vergleiche				
	a) absolut	1.-3. Vj. 1974	Zahl	5529	2.2
	b) Zuwachs	1.-3. Vj. 1974/73	%	+42,4	
8	Löhne und Gehälter				
	a) Bruttolohn- und -gehaltssumme	3. Vj. 1974/73	%	+ 9,8	3.1
	b) Nettolohn- und -gehaltssumme	3. Vj. 1974/73	%	+ 7,3	3.2
	c) Tariflöhne und -gehälter	August 1974/73	%	+12,0	3.1
	d) Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	1. Hj. 1974/73	%	+ 9,8	3.2
9	Preise				
	a) Private Lebenshaltung	Oktober 1974/73	%	+ 7,1	3.3
	b) industrielle Erzeugerpreise	Oktober 1974/73	%	+14,6	3.3
	c) landwirtschaftliche Erzeugerpreise	September 1974/73	%	- 3,9	3.3
10	Arbeitsmarkt				
	a) Arbeitslose	Oktober 1974	Tsd.	672	3.5
	b) Arbeitslose saisonbereinigt	Oktober 1974	Tsd.	835	3.5
	c) Kurzarbeiter	Oktober 1974	Tsd.	370	3.5
	d) Offene Stellen	Oktober 1974	Tsd.	248	3.5
	e) Arbeitslosenquote	Oktober 1974	%	3,0	3.5

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Meßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2% und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um

16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5%, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „...“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „...“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.